PRESSEMITTEILUNG
Verantwortlich SEBASTIAN BÖHRS | Redaktion FRANK JUNGBLUTH

SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Rede
des Sprechers Sprecher gegen Rechts, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

Michael Höntsch, MdL

zu TOP Nr. 6

Erste Beratung
Kommunen bei der Integration besser unterstützen – Integrationspauschale auf den Weg bringen

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 17/8547

während der Plenarsitzung vom 16.08.2017
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Verehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Ich kann als Abgeordneter der SPD pauschal nicht erkennen, dass wir eine Integrationspauschale erst auf den Weg bringen müssen, weil dieser Antrag suggeriert, es gäbe bis heute keine finanzielle Unterstützung des Landes für die Integration Geflüchteter in den Städten und Gemeinden unseres Landes.

Gleich mehre Fakten sprechen gegen die von der FDP beantragte Integrationspauschale:
Der Landtag hat mit den Stimmen von SPD und den Grünen im Dezember 2016 einen Nachtragshaushalt beschlossen, mit dem den Kommunen schon im vergangenen Jahr und in den Jahren 2017 und 2018 zusammen eine Milliarde Euro zusätzlich gewährt worden ist, um die großen Herausforderungen für Aufnahme, Unterbringung und schließlich auch Integration von Flüchtlingen bewältigen zu können.

Die Landesregierung und auch die Fraktionen von SPD und Grünen mahnen von je her an, unsere Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie auch in der Lage sind, alle ihnen übertragenen Aufgaben bewältigen zu können. Dazu gehört auch das Thema der Integration von zu uns geflüchteten Menschen. Da sind wir uns sehr einig, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

Auch das Land muss – und das habe ich erwähnt – seinen Beitrag dazu leisten. Allerdings nicht allein.

Auch der Bund ist gefragt und muss zu seiner Verantwortung stehen. Letztendlich ist die Bundesregierung – allen voran der Bundesinnenminister zusammen mit der Kanzlerin – in der Verantwortung. Dort werden Aufnahme und Verteilung auf die Länder und damit indirekt auch auf die Kommunen entschieden. Von „wir schaffen das“ hin zu einem „die schaffen das schon“, das ist die Entwicklung.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür werben, endlich die Einwanderung auf sichere Füße zu stellen, so, wie es die Bundesratsinitiative zu Beginn des Jahres leider vergeblich gefordert hat.

Themen wie Migration und Flucht sind in unserer Bevölkerung auch mit Ängsten verbunden. Mit diesen Ängsten aber spielt man nicht. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, das die Integration in unsere Gesellschaft regelt. Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz losgelöst von unserem Asylrecht!

Schon heute leben viele hoch qualifizierte Menschen unter uns, die aus Sicht der Wirtschaft dringend benötigt werden. Leider werden uns viele davon wieder verlassen müssen, weil sie nach dem bestehenden Asylrecht keine Bleibeperspektive haben. Das Nein des Bundesrats hat Zukunftschancen nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für unsere Gesellschaft verwirkt.

Und noch eines: Die Landesregierung steht in ihrer Verantwortung für die Kommunen. Im Rahmen ihrer Verpflichtungen hat Rot-Grün diese in der Vergangenheit unterstützt und wird dies auch in der Zukunft tun. Gerade auch die, die unter ganz besonderem Druck standen und stehen. Da sind wir verlässlich.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von der FDP, wir werden Ihren Antrag ablehnen.

Erlauben Sie mir nun, am Ende meiner Ausführungen ein paar Worte des Dankes und des Abschieds loszuwerden.

Ich werde dem kommenden Landtag nach fünf Jahren engagierter Arbeit im Parlament und Wahlkreis nicht mehr angehören. Es war eine spannende, es war eine schöne Zeit, sozusagen die Hochzeit meines Lebens. Ich kann nicht verhehlen, dass es mich geschmerzt hat, nicht wieder dabei sein zu können. Das war eine schwere und bittere persönliche Niederlage.

Nun, ich habe die Kraft gefunden, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann. Und das ist gut so.

Ich erinnere mich nur zu gut an die Ansprache unseres verehrten Präsidenten Herrn Busemann, als er an uns neu gewählte Abgeordnete gerichtet davon sprach, was für eine große Ehre es sei, diesem Parlament angehören zu dürfen. Ja, und auch mich hat es mit Stolz erfüllt, die Treppe zum Portikus empor steigen zu können.

Ich habe hier in diesem Parlament Freunde gefunden, und darüber hinaus angenehme menschliche Kontakte natürlich auch zu beiden Oppositionsparteien, an die ich mich gerne erinnern werde.

Ich habe Zeit meines politischen Lebens meist frank und frei meine Meinung gesagt, das war auf meinen Wegen nicht immer hilfreich und hat mir oft Schwierigkeiten bereitet, aber es ging nicht anders. Schon mein Vater kritisierte das einst heftig an mir. Ich denke, er wäre heute trotzdem stolz.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte Sie heute an unser Versprechen erinnern, wir wollen uns für unsere freiheitliche Demokratie stark machen, wir wollen der Jugend aber auch allen anderen Vorbild sein.

Mir wurde immer gesagt, der parlamentarische Streit sei das Salz in der Suppe des Parlamentarismus. Mir persönlich war diese Suppe hier mitunter zu versalzen. Ich mag die Hoffnung aber nicht aufgeben, dass wir da besser werden können.

Und auch mein Herzensanliegen möchte ich heute hier allen Fraktionen im Hause nochmal darlegen: Bitte nehmen Sie das Problem des Antisemitismus ernst, denn es ist ernst. Wir haben hier immer viel über Gewalt gesprochen und ich kann die Auseinandersetzungen eigentlich kaum zählen, in denen wir uns um rechte wie linke Gewalt gestritten haben. Diese Debatten sind wichtig und auch nötig. Bei allem Dissens aber sollte uns die Solidarität mit unseren jüdischen Mitbürgern immer einen. Das muss immer Konsens sein und immer Konsens bleiben.

Wir sind besser als jedes andere Land aufgestellt in der Erinnerungskultur. Unsere Gedenkstätten sind ganz wunderbare Orte, wenn ich das, ohne missverstanden zu werden, so sagen darf. Ob Ahlem oder Bergen Belsen.

Diese unsere Vergangenheit muss uns anspornen, uns umso mehr auch den Lebenden zuzuwenden. Hatespeech und offener Judenhass müssen unsere gemeinsame Ablehnung, unseren gemeinsamen Widerstand erfahren. Wenn dort Gesetze nicht ausreichen, und das scheint so zu sein, dann muss Politik handeln.

Ich wünsche Ihnen allen eine Zukunft in diesem Parlament ohne AfD.

Verehrter Herr Präsident Busemann, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Hanne,

ich behalte Sie in guter Erinnerung und freue mich, wenn Sie es mir nachtun. Auf jeden Fall werde ich die Landespolitik weiterhin aufmerksam verfolgen und mich auch ohne Mandat zu Wort melden.

Dankeschön.